

## **Antrag**

**der Abgeordneten Doris Achelwilm, Dr. Petra Sitte, Simone Barrientos, Matthias W. Birkwald, Dr. Birke Bull-Bischoff, Anke Domscheit-Berg, Susanne Ferschl, Brigitte Freihold, Sylvia Gabelmann, Nicole Gohlke, Dr. Achim Kessler, Katja Kipping, Jutta Krellmann, Ralph Lenkert, Cornelia Möhring, Norbert Müller (Potsdam), Jessica Tatti, Sören Pellmann, Dr. Kirsten Tackmann, Harald Weinberg, Katrin Werner, Sabine Zimmermann (Zwickau), Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Medienvielfalt und Journalismus in der Corona-Krise schützen – Demokratie braucht kritische Öffentlichkeit**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Journalistische Arbeit ist „systemrelevant“, auch das zeigt sich mit der Corona-Krise in neuer Dimension. Sachliche Recherchen und Berichterstattungen wirken Fake News und Desinformation entgegen, qualifizierte Medienarbeit informiert faktenbasiert über das Corona-Virus, über Maßnahmen der Gesundheitsprävention und Covid-19-Eindämmung, gesellschaftliche Folgen akuter Krisenpolitik. Obwohl gerade in der aktuellen Situation eine verlässliche Einordnung von Informationen, Botschaften und Bildern unentbehrlich ist und – v. a. öffentlich-rechtliche und Recherche-intensiv aufgestellte – Anbieter von Medieninhalten plattformübergreifend wachsende Reichweiten und Resonanz verzeichnen ([www.editorial.media/2020/03/20/durch-corona-krise-allzeithoch-bei-editorial-media-nutzung/](http://www.editorial.media/2020/03/20/durch-corona-krise-allzeithoch-bei-editorial-media-nutzung/)), sind Medienvielzahl und -vielfalt in Teilen gegenwärtig gefährdet.

Aufgrund stornierter Aufträge und Werbeerlöse geraten insbesondere (freie) Journalist\*innen, Filmschaffende, lokale Radiosender und TV-Stationen, kleinere Print-Redaktionen von Tagespresse, Anzeigenblättern und Monatsmagazinen in unvermittelte ökonomische Schieflagen ([www.hessenschau.de/gesellschaft/anzeigen-brechen-weg-printmedien-in-der-corona-krise,corona-medien-krise-100.html](http://www.hessenschau.de/gesellschaft/anzeigen-brechen-weg-printmedien-in-der-corona-krise,corona-medien-krise-100.html)).

Durch notwendige Absagen von Sport- und Kulturveranstaltungen, von Gerichtsverhandlungen und Reisemöglichkeiten fehlen entsprechend spezialisierten Journalist\*innen plötzlich Standard-Anlässe der Berichterstattung. Filmdrehs und andere Projekte mit langwierigen Planungsvorläufen und Investitionen sind auf unbestimmte Zeit ausgesetzt ([https://m.tagesspiegel.de/berlin/feuert-sie-alle-800-filmschaffende-aus-berlin-und-brandenburg-verlieren-ihren-job/25697658.html?utm\\_referrer=http%3A%2F%2Fm.facebook.com%2F](https://m.tagesspiegel.de/berlin/feuert-sie-alle-800-filmschaffende-aus-berlin-und-brandenburg-verlieren-ihren-job/25697658.html?utm_referrer=http%3A%2F%2Fm.facebook.com%2F)). Werbeeinahmen gehen in beträchtlichen Größenordnungen zurück ([www.bvda.de/news-presse/details/news/zeitungszustellung-in-gefahr-bvda-fordert-corona-soforthilfe.html](http://www.bvda.de/news-presse/details/news/zeitungszustellung-in-gefahr-bvda-fordert-corona-soforthilfe.html)).

Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen und Hilfspakete berücksichtigen die branchenspezifischen Nöte und Belange von lokalen Medien und freien Journalist\*innen, Film- und anderen Medienschaffenden bislang noch zu wenig. So fallen Medientätige, die „unständig“ auf Produktionsdauer beschäftigt waren, durch das Raster des nur für Selbstständige im steuer- und sozialrechtlichen Sinne geltenden „Corona-Soforthilfeprogramms“. Es gibt Unklarheiten z. B. an den Schnittstellen von Bundes- und Landeshilfen, über Kreditwürdigkeit und Rückzahlungsmodalitäten ([www.djv.de/fileadmin/user\\_upload/Freideateien/Freie-Hintergrund/Corona\\_und\\_die\\_Freien\\_Tipps\\_31\\_03\\_2020.pdf](http://www.djv.de/fileadmin/user_upload/Freideateien/Freie-Hintergrund/Corona_und_die_Freien_Tipps_31_03_2020.pdf)).

Die „Nationale Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS-Strategie)“ des Bundesministeriums des Innern zählt Medien zu den „unverzichtbaren sozioökonomischen Dienstleistungsinfrastrukturen“. Bundesländer wie Bremen, Berlin oder Thüringen haben in „Medien“ Tätige als systemrelevante Berufsgruppen anerkannt, so dass journalistische Arbeit teilweise besonderen Schutz und Unterstützung im Bereich der Kinderbetreuung erfährt (Frank Werneke, ver.di; <https://dju.verdi.de/presse/pressemittelungen/++co++ae125e34-69f2-11ea-93bf-001a4a160100>). Eine flächendeckende, systematische Absicherung von Berufsexistenzen in Journalismus und Film, lokaler Rundfunksender und Print-Redaktionen, von Vertriebsstrukturen und medialer Teilhabe auch im ländlichen Raum steht jedoch noch aus.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. zusammen mit den Ländern ein Konzept zu entwickeln, um die (freien) Journalist\*innen, Film- und Medienschaffenden über vereinzelt Landesregelungen hinaus als „systemrelevant“ Berufstätige abzusichern. Dazu gehört eine Unterstützung im Bereich der Kinderbetreuung, Zugang zu Soforthilfen auch für solo-selbstständige Medien- und Filmschaffende ohne relevante Betriebskosten sowie die gesetzliche Aufstockung des Kurzarbeitergeldes auf 90 Prozent;
2. in Zusammenarbeit mit den Ländern und Interessenvertretungen einen Gesetzentwurf zu entwickeln, der einen Soforthilfefonds „Systemrelevanter Journalismus“ zum Erhalt medialer Vielfalt und Beschäftigung vorsieht und insbesondere lokale und regionale Radio-, TV-, Film- und Presseangebote absichert, um Medienvielfalt und mediale Teilhabemöglichkeiten auch im ländlichen Raum zu erhalten;
3. die bereits beschlossene und derzeit noch zurückgestellte temporäre Zustellförderung von Tageszeitungen und Anzeigenblättern in Höhe von 40 Millionen Euro zugänglich und transparent zu konzipieren und unter der Bedingung hoher lokaler Redaktionsanteile (mindestens 40 Prozent) und tarifgerechter Bezahlung von Zeitungszusteller\*innen als Teil der Nothilfe freizugeben;
4. sich gegenüber der Rundfunkkommission der Länder dafür einzusetzen, dass die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten ihren festen freien Mitarbeiter\*innen ein Auftragsvolumen garantieren, das mindestens 90 Prozent des Vorjahres-Nettoverdiensts entspricht;
5. einen Gesetzentwurf vorzulegen, um den Bundeszuschuss für die Künstlersozialkasse zu erhöhen;
6. einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem die Grundsicherung nach SGB II so angepasst wird, dass die Leistungen um 200 Euro erhöht werden, Sanktionsfreiheit gewährleistet und zusätzlich zur Begrenzung der Vermögensprüfung auch die Anrechnung von Partnereinkommen in der Bedarfsgemeinschaft durch deutlich erhöhte Grundfreibeträge begrenzt wird;
7. die Hilfsmaßnahmen zur Überbrückung krisenbedingter Einnahmeausfälle aufzustocken, um Mehrkosten und Ausfallhonorare bei Pandemie-bedingtem Abbruch oder Aufschub von Dreharbeiten lokaler TV-Stationen und Film-Teams zu kompensieren;

8. bei Filmprojekten, die von verschiedenen Fördereinrichtungen gemeinsam getragen werden, auf Rückforderung bereits ausgezahlter, zweckgemäß verausgabter Fördermittel für Dreharbeiten, die im Zuge der Corona-Krise abgebrochen werden mussten, zu verzichten;
9. sicherzustellen, dass der Filmförderungsanstalt (FFA) trotz des gegenwärtigen Ausfalls von Filmabgabe- und Darlehensrückzahlungen genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie in und nach der Corona-Krise ihren Aufgaben umfänglich nachkommen kann;
10. die Kinolandschaft mithilfe eines bedarfsgerechten Hilfsprogramms abzusichern;
11. einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem Entschädigungsansprüche von Verdienstausfällen nach Infektionsschutzgesetz dahingehend ausgeweitet werden, dass Ausfallzahlungen auch bei mittelbarer Betroffenheit geleistet werden, etwa wenn Medien-/Filmschaffende Aufträge aufgrund von Veranstaltungsabsagen infolge behördlicher Anordnungen nicht wahrnehmen können;
12. gegenüber den Ländern darauf hinzuwirken, dass es unter Wahrung des Infektionsschutzes in Zeiten von Ausgangsbeschränkungen keine unverhältnismäßigen Restriktionen der Pressefreiheit gibt und der bundeseinheitliche Presseausweis als Legitimationsnachweis journalistischer Arbeit ausreicht;
13. durch entsprechende Gesetzesänderung die Selbstorganisation von Selbstständigen und Interessensverbänden mithilfe eines Verbandsklagerechts zu stärken.

Berlin, den 21. April 2020

**Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**

